



WOCHENSCHRIFT DES ARCHITEKTEN-VEREINS ZU BERLIN

HERAUSGEGEBEN VOM VEREINE

Erscheint Sonnabends u. Mittwochs — Bezugspreis halbjährl. 4 Mark, postfrei 5,30 Mark, einzelne Nummern von gewöhn. Umfange 30 Pf., stärkere entspr. teurer
Der Anzeigenpreis für die 4 gespaltene Petitzeile beträgt 50 Pf., für Behörden-Anzeigen und für Familien-Anzeigen 30 Pf. — Nachlaß auf Wiederholungen

Nummer 28

Berlin, Sonnabend den 13. Juli 1912

VII. Jahrgang

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Postämter und die Geschäftsstelle Carl Heymanns Verlag in Berlin W. 8, Mauerstr. 43.44

Alle Rechte vorbehalten

Entwurf zu einer städtischen Tiefbahn Schinkelwettbewerb 1912 auf dem Gebiete des Eisenbahnbaues

Mitgeteilt vom Berichterstatter des Beurteilungsausschusses
Regierungsbaumeister Conrad Lamp in Berlin

(Fortsetzung aus Nr. 27, Seite 198)

5. „Erwogen“

Die Linienführung der Bahn ist auf Grund eingehender Erwägungen im großen und ganzen nicht unzweckmäßig entworfen, was auch für die Lage der meisten Zwischenbahnhöfe gilt. Durch die auch von andern Bewerbern bevorzugte Führung der Bahn durch die Schöneberger Straße wird die Ausführung der Untertunnelung des Landwehrkanals erschwert.

Die Schwierigkeiten, die die Benutzung der Kochstraße mit sich bringt, umgeht der Verfasser, indem er einen sehr kostspieligen Straßendurchbruch in Verlängerung der Anhaltstraße bis zur Lindenstraße vorschlägt.

Die Anordnung des Bahnhofs Ebersstraße kann nicht als vollständig gelungen bezeichnet werden. Für den in der Aufgabe verlangten unmittelbaren Uebergang zur Wannesebahn ist nicht

gesorgt. Auch gibt die Ausmündung der Treppe der Tiefbahn in die Vorhalle des Ringbahnhofs zur Bedenken Anlaß. Die Anlagen des Abstellbahnhofs sind richtig bemessen und zweckentsprechend entworfen. Bei dem Entwurfe für die Haltestelle am Anhalter Bahnhof (Abb. 324, S. 197) ist u. a. der lange Weg zwischen der Haltestelle und dem Fernbahnhofe sowie die Ausmündung des Verbindungsganges in die jetzt schon äußerst beschränkte Gepäckhalle zu beanstanden. Der Plan für den Untergrundbahnhof an der Friedrichstraße (Abb. 323, S. 196) ist nicht ungeschickt gelöst, wenn auch die Einschränkung der Bürgersteige an den Bahnhofszugängen bedenklich erscheint. Die für den Bahnhof Spittelmarkt gewählte obere Höhenlage hat

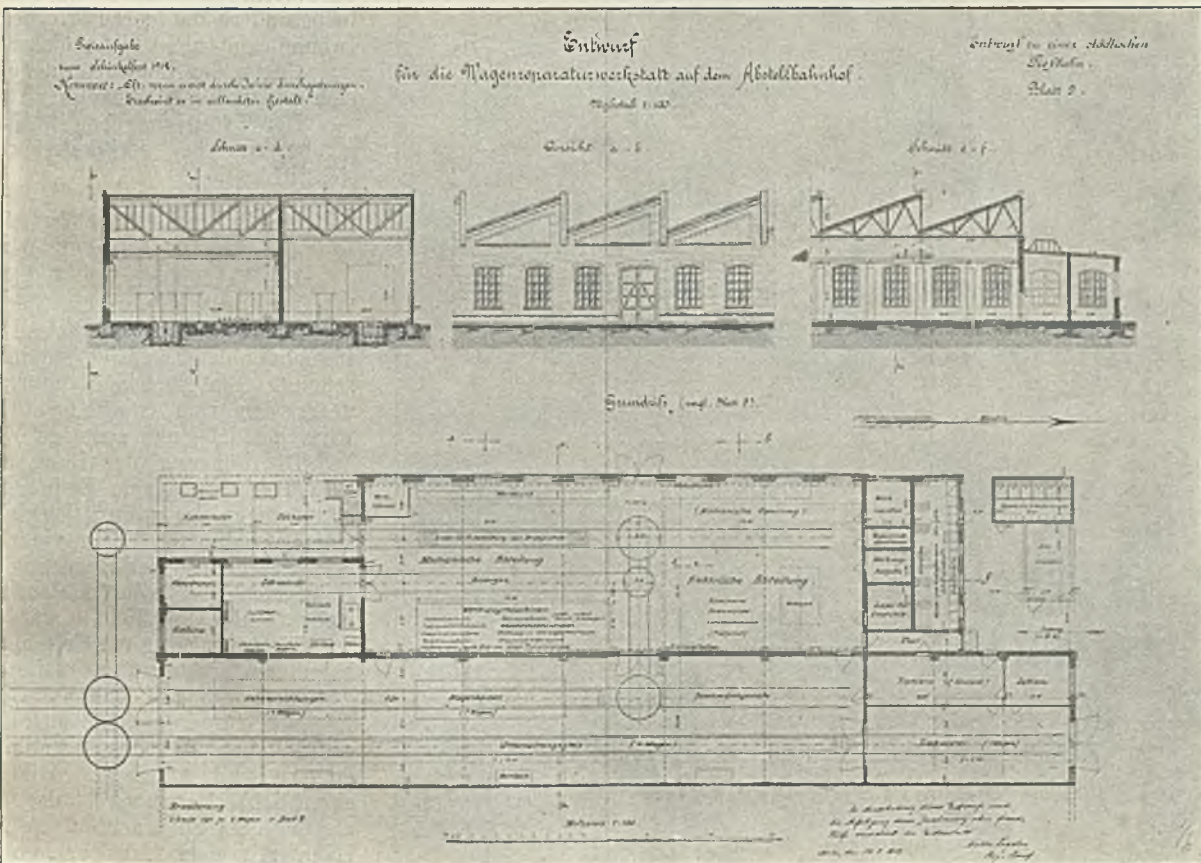


Abb. 326. Kennwort: „Oft wenn es erst durch Jahre durchgedrungen, erscheint es erst in vollendeter Gestalt“
Verfasser: Regierungsbauführer Dipl.-Ing. Walter Vogeler

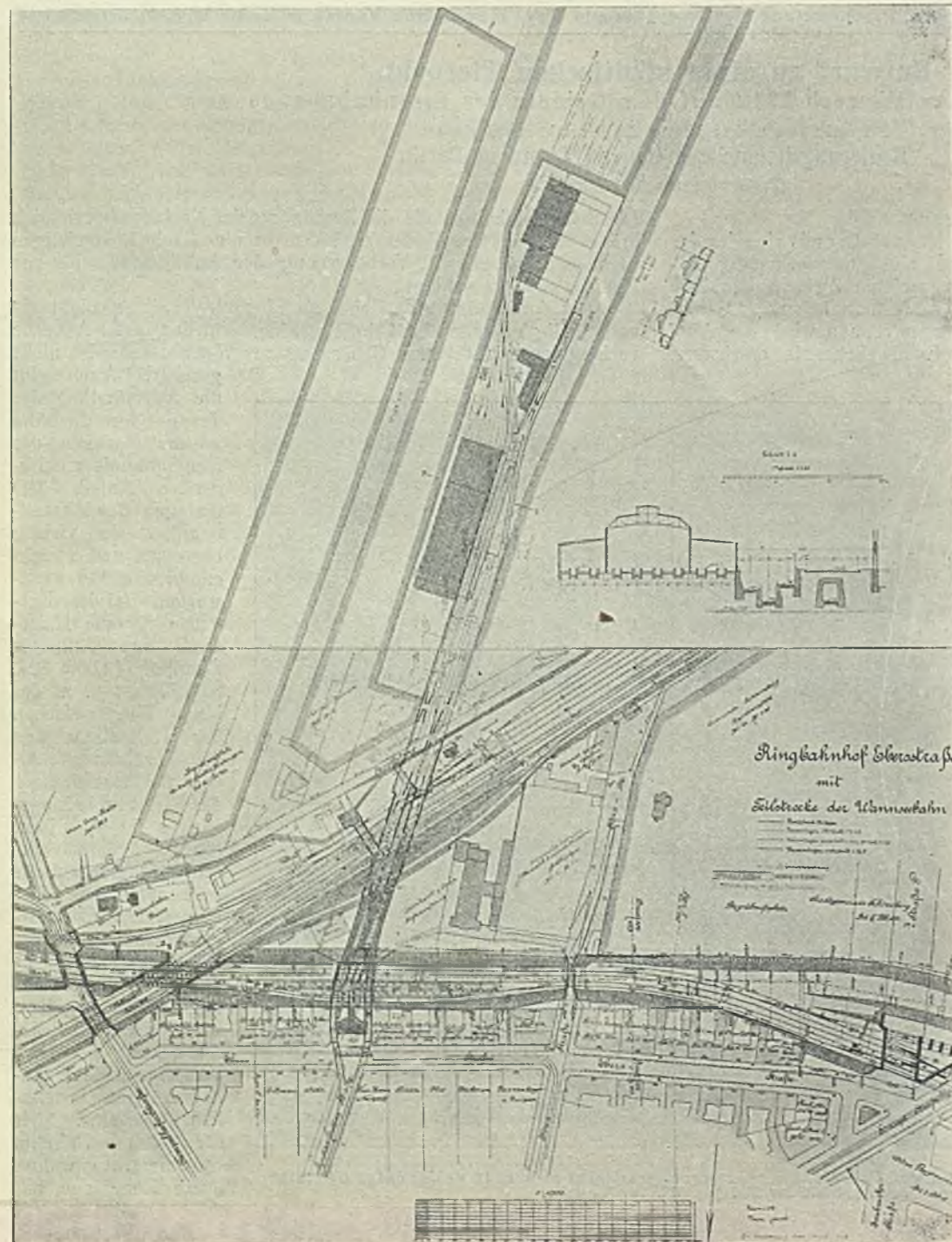
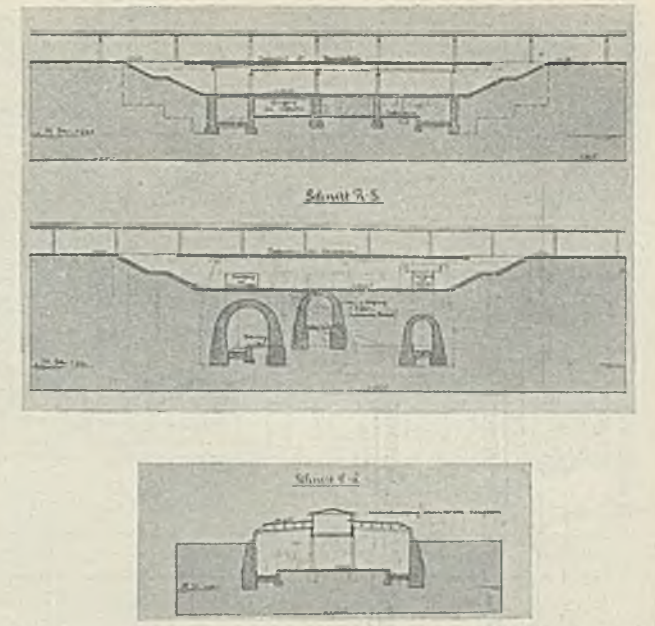
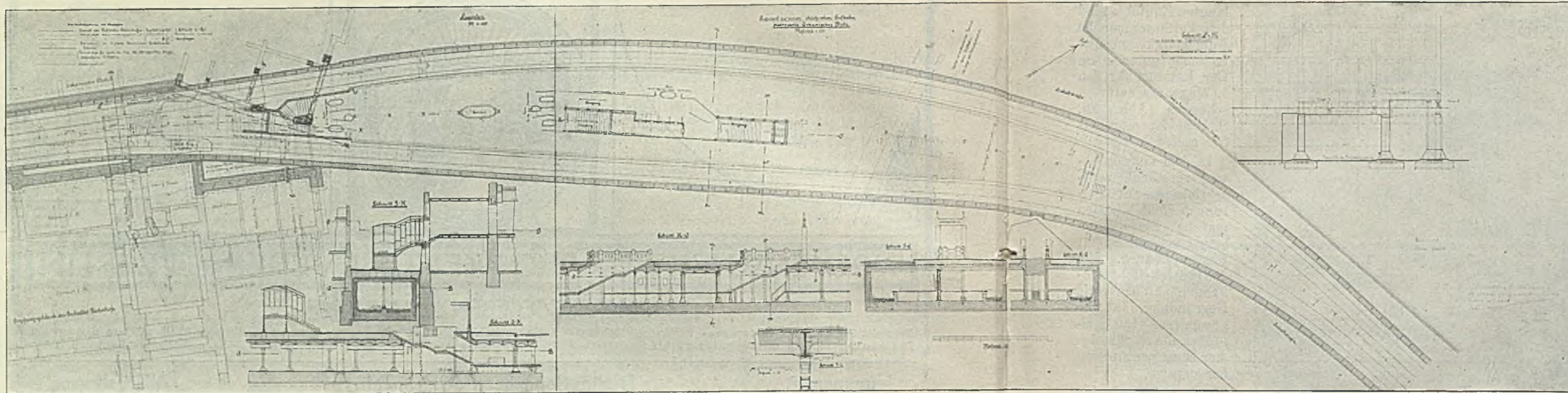


Abb. 327-331. Kennwort: „Nunc pluit“. Verfasser: Regierungsbauführer Dipl.-Ing. Rudolf Briske (jetzt Regierungsbaumeister)

der Verfasser zutreffend begründet. Die durch die Lage des Schutzgleises bedingte lange Ausdehnung des Abstellbahnhofs dürfte den Betrieb sehr erschweren.

Der Vorschlag des Verfassers, während der Herstellung der Untertunnelung des Landwehrkanals zeitweise das Gewölbe der Schöneberger Brücke durch einen eisernen Ueberbau zu ersetzen, um den Schiffsverkehr vorübergehend durch die eine Hälfte der Brückenöffnung leiten zu können, erscheint zweckmäßig. Dagegen dürfte die geplante Luftdruckgründung im vorliegenden Falle zu umständlich und zu teuer sein. Soweit die Kreuzung der Tiefbahn mit der Moabit-Rixdorfer Bahn im Entwurfe dargestellt ist, findet sich gegen die vorgeschlagene Lösung nichts zu erinnern.

Die Sicherungsanlagen sind in den Grundzügen sachgemäß entworfen. Die Durchführbarkeit der verlangten Zugfolge und insbesondere die hierzu erforderliche Leistungsfähigkeit der Endbahnhöfe ist nicht ganz überzeugend nachgewiesen worden.

Gegen den Entwurf für den Wagenreparaturschuppen lassen sich besondere Einwendungen nicht erheben.

Der Erläuterungsbericht ist im allgemeinen verständlich abgefaßt, nur die Festigkeitsberechnungen ermangeln der Uebersichtlichkeit.

6. „Oft wenn es erst durch Jahre durchgedrungen, erscheint es erst in vollendeter Gestalt“

Der Verfasser stellt die Forderung einer möglichst schlanken Linienführung an die Spitze. Er gelangt hierbei, ebenso wie manche andere Bewerber, zu einer Lösung für die Untertunnelung des Landwehrkanals, die gewagt und kostspielig erscheint. Ein Nachweis dafür, daß die Führung der Tiefbahn unter dem vom Stadtbaurat Krause geplanten Straßentunnel wirtschaftliche und sonstige Vorteile bietet, fehlt.

Die Führung der Bahn am Askaniischen Platz in erheblichem Abstände vom Empfangsgebäude des Anhalter Bahnhofs kann wegen der weiten Wege für den Übergangsverkehr als eine befriedigende Lösung nicht angesehen werden. Der Verfasser verneint jedes Bedürfnis für einen Übergangsverkehr zur Bahn Moabit-Rixdorf. Den dafür angeführten Gründen kann nicht recht beigeplichtet werden.

Die Anordnung von Seitenbahnsteigen bei einzelnen Zwischenbahnhöfen erscheint ebenfalls nicht recht begründet. Bei dem Entwurfe für den Bahnhof Ebersstraße ist die Forderung der Aufgabe, für einen bequemen Übergangsverkehr zu sorgen, gut erfüllt, auch sind der Abstellbahnhof und die Werkstätte zweckentsprechend angelegt. Die allgemeine Gleisanordnung des eigentlichen Bahnhofs ist dagegen in betrieblicher Hinsicht nicht als geglückt zu erachten. Auch für die Verbindung der neuen Bahn mit dem Anhalter Fernbahnhof hat der Verfasser keine besonders günstige Lösung gefunden. Die Anlagen für den Übergangsverkehr und die Zugangsgruppen des Bahnhofs Friedrichstraße, wie auch verschiedene sonstige Anordnungen dieses Bahnhofs sind nicht eingehend genug dargestellt oder

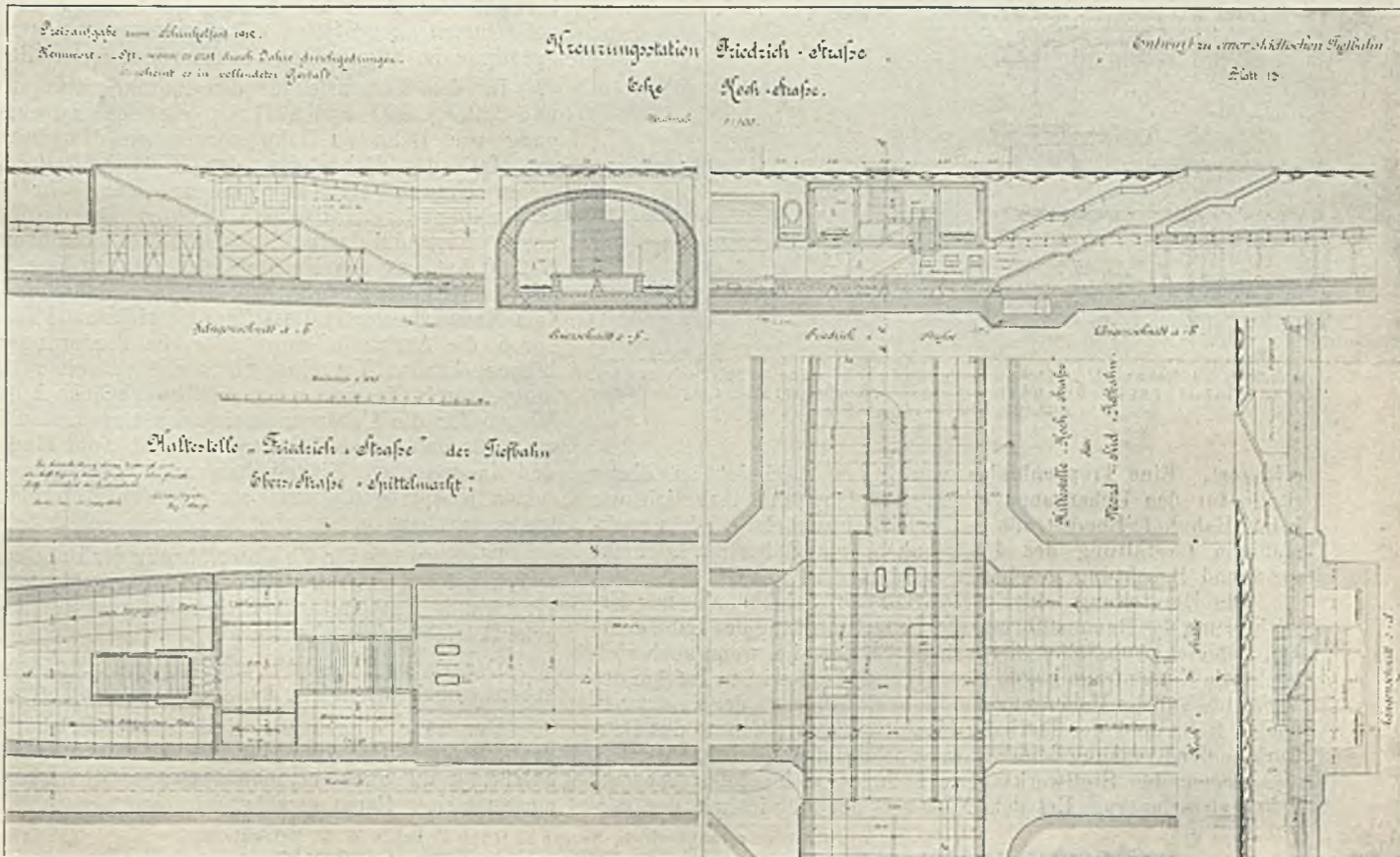
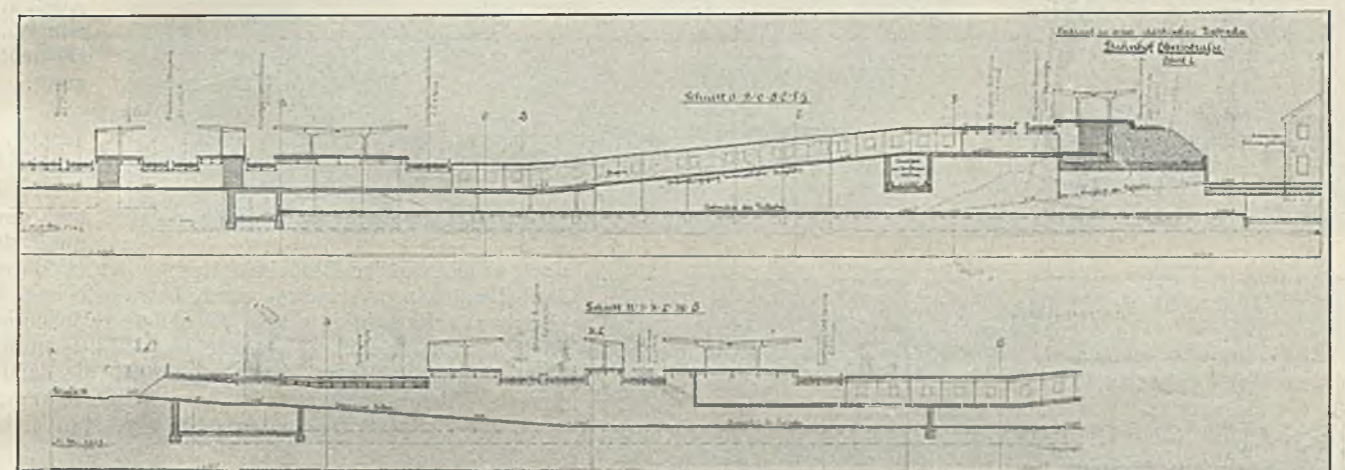
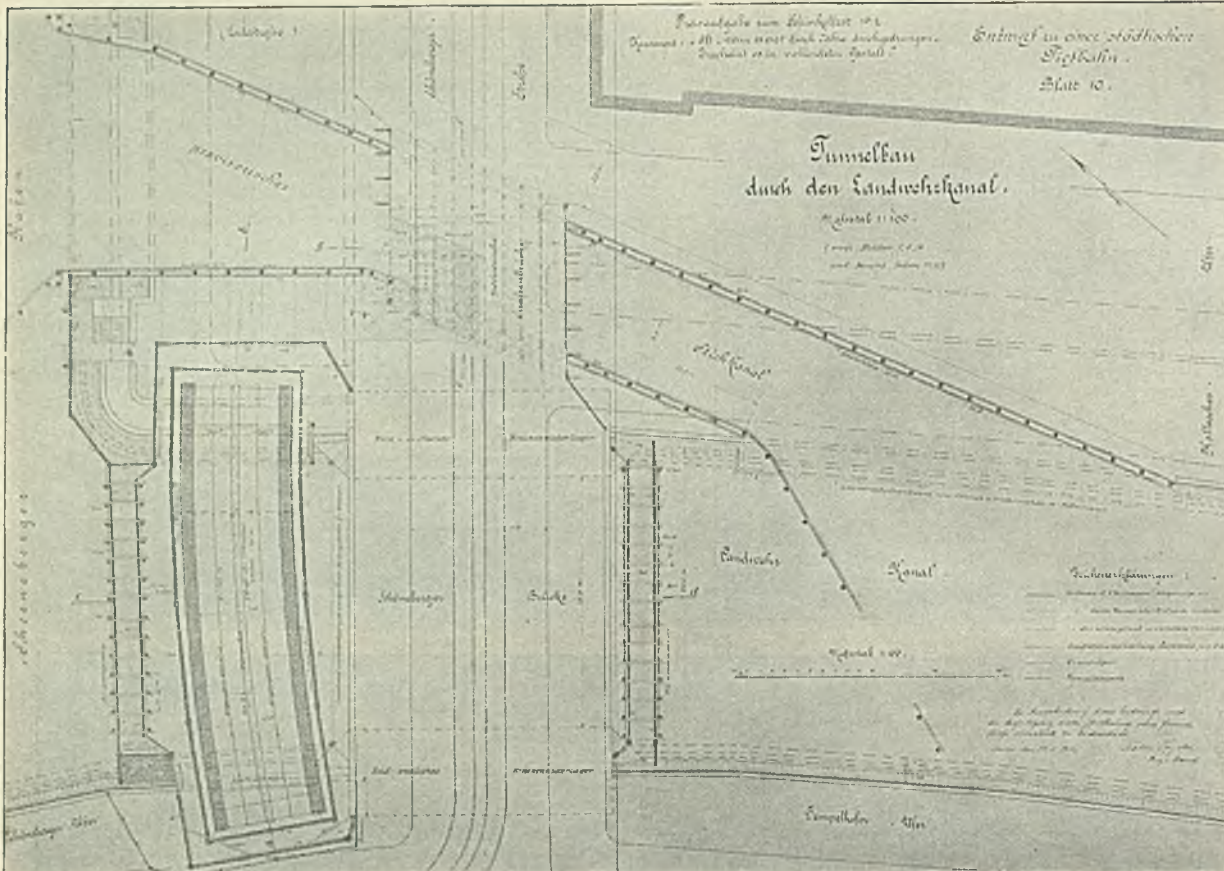


Abb. 332. Kennwort: „Oft wenn es erst durch Jahre durchgedrungen erscheint es erst in vollendeter Gestalt“ Verfasser: Regierungsbauführer: Dipl.-Ing. Walther Vogeler



langten Zugfolge sind dem Verfasser manche Ungenauigkeiten und Irrtümer unterlaufen. Der Entwurf für den Wagenreparaturschuppen (Abb. 326, S. 199) ist einwandfrei gelöst.

In dem fast durchweg verständlich geschriebenen Erläuterungsbericht hätten manche Einzelheiten eingehender behandelt werden können. Bei den Festigkeitsberechnungen fehlt öfters die Begründung, daß die gewählten Laststellungen die ungünstigsten Beanspruchungen hervorrufen.

Die sorgfältige Ausführung der Zeichnungen und Skizzen verdient Anerkennung.

7. „Nunc plaut“

Die Linienführung und die Höhenanordnung der Bahn sind unter sachgemäßer Berücksichtigung der in Betracht kommenden baulichen, verkehrs- und betriebstechnischen Gesichtspunkte zweckmäßig gewählt. Besonders zu loben ist die Führung der Bahn am Bahnhof Ebersstraße, beim Landwehrkanal und am Anhalter Bahnhof. Die Erwägungen, die dazu führten, vom Kaiser-Wilhelm-Platz aus die Bahn in die Bahnstraße zu legen, statt der Hauptstraße weiter zu folgen, sind nicht völlig überzeugend.

Bei den Entwürfen für die Haltestellen war der Verfasser bestrebt die Abwicklung des Uebergangsverkehrs möglichst vollkommen zu gestalten. Er bevorzugt unter zutreffender Begründung im allgemeinen die Anordnung von Mittelbahnsteigen.

In dem Entwurfe für den Bahnhof Ebersstraße (Abb. 328 und 329, S. 200 und 201) ist ein sehr zweckmäßiger Uebergang von Bahn zu Bahn vorgesehen. Im Ortsverkehr kann ein Teil des Bahnsteigs der Tiefbahn allerdings nur auf einem Umweg erreicht werden. Der sehr sorgfältig und sachkundig durchgearbeitete Entwurf für die Verbindung der neuen Tiefbahn mit dem Anhalter Bahnhofs (Abb. 327, S. 200) hat nur den Nachteil, daß sich gewisse Verkehrsströme auf dem Kopfbahnsteig des Anhalter Bahnhofs kreuzen. Bei dem Entwurfe der Haltestelle Friedrichstraße ist der Verfasser durch die Annahme eines über die Forderungen der Aufgabe hinausgehenden Verkehrs zu der Wahl einer Anordnung gelangt, durch die eine etwas unübersichtliche Anlage mit großen Wegen für die Uebergangsreisenden entstanden ist. Der Entwurf für den Bahnhof Spittelmarkt ist wohl eingehend erwogen und in manchen Einzelheiten auch gelungen, kann aber in seinen Hauptzügen kaum als eine den Anforderungen des Betriebs durchaus entsprechende Lösung gelten.

Die Entwürfe für die Unterführung der Bahn unter dem Landwehrkanal und unter der Tiefbahn Rixdorf—Moabit sind mit Sachverständnis bearbeitet. Die Sicherungsanlagen und die vorgeschlagene Betriebsweise geben zu wesentlichen Bedenken keinen Anlaß.

Der Entwurf des Wagenschuppens, den der Verfasser nur nebensächlich behandelt, kann als genügend gelten.

Der sehr eingehende Erläuterungsbericht ist mit anerkannter Sachkenntnis und in flüssiger Schreibweise abgefaßt, wenn auch manchmal unwesentlicheren Betrachtungen ein zu weiter Raum gewährt ist.

(Schluß folgt)

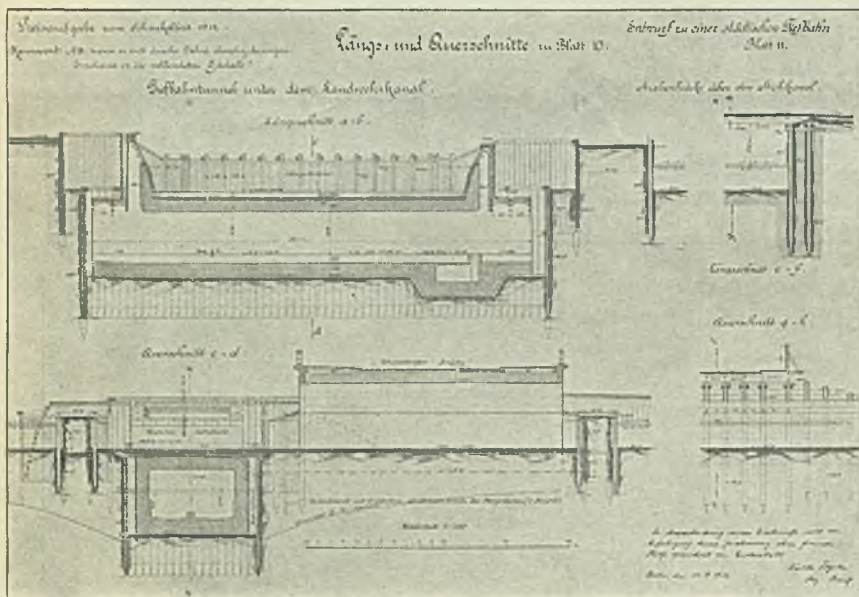


Abb. 333 u. 334. Kennwort: „Oft wonn es erst durch Jahre durchgedrungen, erschein es erst in vollendeter Gestalt“. Verfasser: Regierungsbauführer Dipl.-Ing. Walter Vogeler

erläutert. Eine Treppenbreite von 1,8 m erscheint an dieser Stelle für den Uebergangsverkehr unzulänglich. Ähnlich wie beim Bahnhof Ebersstraße ist auch einer betrieblich zweckmäßigen Gestaltung des Endbahnhofs am Spittelmarkt nicht genügend Beachtung geschenkt worden.

Die Herstellung eines provisorischen Stiehkanals zur Erleichterung der Bauausführung der Untertunnelung des Landwehrkanals bietet (Abb. 333 u. 334) erhebliche Vorteile, wenn auch vielleicht die Kostenfrage gegen diesen Vorschlag spricht. Infolge des Verzichtes auf die Uebergangsmöglichkeit zwischen der zu entwerfenden Bahn und der Tiefbahn Moabit—Rixdorf konnte das Bauwerk an der Kreuzung beider Bahnen sehr einfach gestaltet werden.

Gegen den Stellwerksentwurf findet sich nichts Wesentliches zu erinnern. Bei dem Nachweis der Möglichkeit der ver-

Alle Rechte vorbehalten

Anträge auf Erlaß eines Wohnungsgesetzes

Aus den Beratungen des Hauses der Abgeordneten — 35. Sitzung am 13. März 1912

(Fortsetzung aus Nr. 27a Seite 442)

Hirsch (Berlin), Abgeordneter (Soz.-Dem.) fortfahrend:

Meine Herren, ich habe es überhaupt lebhaft bedauert, daß man sich bei Beratung dieser Anträge in ganz unberechtigten Angriffen gegen die Großstädte, vor allem natürlich, wenn man es auch nicht direkt gesagt hat, gegen Berlin ergangen hat. Was soll es z. B. heißen, wenn der Abgeordnete Wuermeling in der Begründung seines Antrages die Großstadt als den gefährlichsten Boden und das flache Land als den Jungbrunnen bezeichnet, wenn er es so darstellt, als ob die Großstädte gewissermaßen die Konzentrationspunkte für alle möglichen Verbrecher sind. (Abgeordneter Weissermel: Das hat er doch gar nicht gesagt!) — Sie rufen mir zu, daß Herr Abgeordneter Wuermeling das nicht gesagt hat. Sie werden ja wohl die Rede durchgelesen haben. (Abgeordneter Weissermel: Jawohl!) Herr Abgeordneter Wuermeling hat sich auf die Berichte des Herrn Ministers des Innern über die Fürsorgeerziehung berufen und wörtlich gesagt:

An der Hand dieser Berichte kann man verfolgen, daß die Zahl der Fürsorgezöglinge verhältnismäßig zunimmt, je größer die Stadt ist, und abnimmt, je mehr man sich den kleineren, ländlichen Verhältnissen nähert. Auch hier wieder erweist sich das Land als der Jungbrunnen und die Großstadt als der gefährlichste Boden.

Wenn Worte überhaupt einen Sinn haben, dann kann das nichts anderes heißen, als daß in den Städten der höchste Prozentsatz von verkommenen Existenzen, von Verbrechern aller Art ist. Aber, meine Herren, das stimmt nicht; im Gegenteil, die Kriminalstatistik beweist Ihnen etwas ganz anderes. Sie haben ja von dem Minister des Innern einen Auszug aus der Reichskriminalstatistik für 1909 bekommen. Da finden Sie auch eine sehr lehrreiche Zusammenstellung über die Höhe der Kriminalitätsziffern in den Jahren 1903 bis 1907. Hiernach steht Berlin erst an elfter Stelle, (hört, hört! bei den Sozialdemokraten) während z. B. die Bezirke Allenstein, Bromberg und Gumbinnen an fünfter, siebenter und neunter Stelle stehen. Das ist doch ein Beweis dafür, daß es auf dem platten Lande in dieser Hinsicht zum mindesten nicht besser aussieht als in Berlin.

Meine Herren, ich rufe Ihnen weiter andere Zahlen aus der Kriminalstatistik ins Gedächtnis. Ich kann natürlich hier nicht alle diese Zahlen wiedergeben, ich erinnere Sie nur daran, daß die Zahl der wegen gefährlicher Körperverletzung Verurteilten im Jahre 1908 auf je 100 000 Strafmündige der Zivilbevölkerung im Durchschnitt des ganzen Reiches sich auf 219 belief, in Berlin aber nur auf 127. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Berlin steht also ganz erheblich unter dem Reichsdurchschnitt; Westpreußen dagegen überragt den Reichsdurchschnitt mit 327 um mehr als 100. Für Schlesien ist die Zahl 295, für Ostpreußen 312, für Posen 284.

Meine Herren, das beweist doch wirklich nicht, daß das Land ein solcher Jungbrunnen ist, wie es der Herr Abgeordnete Wuermeling darstellt. Man sollte sich also vor Uebertreibungen hüten. Ich hätte gewünscht, daß ich nicht nötig gehabt hätte, auf diese Zahlen einzugehen, die eigentlich nicht direkt zur Sache gehören. Aber wenn man die Rede des Abgeordneten Wuermeling gehört hat, muß man sich wirklich fragen: Wie kann jemand angesichts der Ziffern der Kriminalität eine solche Anschauung verantworten? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn ich so vor Uebertreibungen warne, so gebe ich trotzdem ohne weiteres zu, daß die Wohnungsverhältnisse in den Großstädten sehr viel zu wünschen übrig lassen. Es ist in der letzten Zeit viel von dem Wohnungselend in Berlin die Rede gewesen. Die Statistiker streiten sich darüber, welche Zahlen die richtigen sind, und Sie werden ja den Kampf in der Presse und in den Versammlungen verfolgt haben. Meine Herren, es kommt gar nicht darauf an, ob die Zahlen der überfüllten Wohnungen um einige Hundert oder Tausend kleiner oder größer sind; in einem Punkte stimmen jedenfalls alle Statistiker von Groß-Berlin überein, daß nämlich in Groß-Berlin zahlreiche Wohnungen den einfachsten Anforderungen von Hygiene und Sittlichkeit nicht entsprechen. Das haben meine Freunde von jeher betont. Es hat mich gefreut, daß Herr Abgeordneter Weissermel hier die Enquete der Berliner Ortskrankenkasse erwähnt hat. Diese Enquete ist ja von einem meiner Berliner Parteifreunde aufgenommen, und vielleicht erinnert sich Herr Abgeordneter Weissermel noch daran, welche Schwierigkeiten die Regierung dem Herrn in den Weg gelegt hat. Es mußte bekanntlich erst auf dem Prozeßwege erzwungen werden, daß die Mittel der Ortskrankenkasse für solche Zwecke verwendet werden können. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch ein charakteristischer Beitrag zur Beurteilung der Frage, wie wenig ernst es der Regierung mit der Aufbesserung der Wohnungsverhältnisse ist! Das wird mir jeder zugeben: Wenn ich etwas zur Beseitigung des Wohnungselends tun will, muß ich es zunächst erforschen, muß ich beweisen, wie es um die Wohnungen bestellt ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aus dieser sehr eingehenden und sehr guten Enquete, die jedes Jahr aufgenommen wird, und die auch den Mitgliedern des Hauses zugegangen ist, ergibt sich, wie jammervoll es um die Wohnungsverhältnisse von Groß-Berlin bestellt ist. Aber, meine Herren, ich frage Sie: Sieht es in den kleinen Städten, sieht es auf dem Lande besser aus? Diese Frage muß ich mit einem glatten Nein beantworten. Wir bekommen ja von der Regierung sehr dankenswertes Material, wir bekommen alljährlich die Berichte über das Gesundheitswesen des preussischen Staats, die von der Medizinalabteilung des Ministeriums des Innern herausgegeben werden. Leider ist der Bericht für das Jahr 1910 noch nicht erschienen; mir liegt nur der letzte Bericht aus dem Jahre 1909 vor. Meine Herren, wenn Sie einen Blick in diesen Bericht werfen, dann werden Sie mit mir zu dem Resultat kommen, daß es auch in kleinen Städten und auf dem Lande zahlreiche Wohnungen gibt, die in bezug auf Mangelhaftigkeit, in bezug auf Außerachtlassung aller hygienischen und gesundheitlichen Vorbedingungen hinter den Berliner Wohnungen in nichts zurückstehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht gestattet mir der Herr Präsident, nur wenige Beispiele zum Beweise dafür aus diesem Buche zu verlesen. Es wird da über die Wohnungen in den Städten unter anderm berichtet — es handelt sich da meistens nicht um Großstädte —:

Die vielfach noch in Benutzung befindlichen Keller- und Dachwohnungen

— im Bezirk Bromberg —

und die einzimmerigen Wohnungen konnten trotz erheblicher hygienischer Bedenken nicht gesperrt werden, weil viele Leute höhere als die bisherigen Mietpreise nicht zahlen und daher ein anderes Unterkommen nicht finden können.

Aus mehreren Kreisen des Bezirks Merseburg wird „über Mangel an Raum, an Luft und Licht in den kleineren Wohnungen Klage geführt“. Es wird ferner berichtet, daß auch in Halle großer Wohnungsmangel herrschte, daß in den Städten des Regierungsbezirks Lüneburg „die alten im Zentrum gelegenen Wohnungen meist eng und für Licht und Luft wenig zugänglich, die Zimmer niedrig und die Höfe unsauber, besonders in den kleinen Städten mit Viehhaltung sind“. Und so geht das weiter.

Aber nicht nur in den kleinen Städten, sondern auch auf dem Lande sieht es sehr traurig aus. Auch dafür wenige Beispiele. Im Kreise Labiau befanden sich „in 143 Fällen Wohnung und Stall unter einem Dache“. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

34 Häuser hatten noch Lehmfußboden. Häufig stand für die ganze Familie nur ein Raum, der als Wohn-, Schlafraum und Küche diente, mit einer unheizbaren Kammer zur Verfügung. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Regierungsbezirk Münster wohnen Menschen und Tiere noch überwiegend unter einem Dache. Oft entsprechen die Räume nicht den hygienischen Anforderungen. In den ärmeren Gegenden der Eifel und des Hunsrücks im Regierungsbezirk Koblenz läßt die überwiegende Zahl der Wohnungen noch sehr viel zu wünschen übrig.

Die Zimmer sind eng und niedrig, die Fenster klein, nicht zu öffnen, die Heizung schlecht. Besonders im Winter steht der ganzen Familie für Tag und Nacht nur ein Zimmer zur Verfügung. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, das sind amtliche Zahlen, amtliche Daten, die ich, wenn die Zeit nicht so weit vorgerückt wäre, noch erheblich vermehren könnte, amtliche Daten, die auch durch die bereits von mir zitierte Veröffentlichung des Herrn Professors Jacob und eine ganze Reihe anderer Fachschriftsteller bestätigt werden.

Meine Herren, Sie werden doch angesichts dieser Daten nicht bestreiten wollen, daß es tatsächlich in den kleinen Städten und auf dem Lande ebenfalls sehr schlecht aussieht, und daß sich ein Wohnungsgesetz, sofern Sie eins machen wollen, nicht auf die Großstädte, nicht auf die Industriezentren beschränken darf, sondern daß Sie die Verpflichtung haben, wie es auch der fortschrittliche Antrag verlangt, ein Wohnungsgesetz für den ganzen Umfang der Monarchie zu schaffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, wenn Sie aber an die Regelung der Wohnungsfrage herangehen, dann möchte ich Sie bitten, Ihre Aufmerksamkeit vor allem dem Wesen der Arbeiterquartiere zu widmen. Bei anderer Gelegenheit, bei Beratung des Etats der Bauverwaltung, hat Ihnen ja mein Freund Leinert eine Reihe von Bildern auf den Tisch des Hauses gelegt, aus denen hervorgeht, wie jammervoll vielfach die Arbeiterquartiere auf dem Lande sind. Ganz dasselbe ergibt sich aus dem Bericht der Medizinalabteilung. Es sind geradezu kulturwidrige Bilder, die uns in diesem Bericht von der Regierung aufgerollt werden. Es wird uns mitgeteilt, daß die Arbeiterquartiere namentlich auf dem Lande noch vielfach zu wünschen übrig lassen. Im einzelnen heißt es:

Im Regierungsbezirk Königsberg sind Massenquartiere auf den Gütern und den Ziegeleien zur Unterbringung ausländischer Arbeiter eingerichtet; sie gaben vielfach, was die Trennung der Geschlechter und die Belegungsziffer angeht, zu Beanstandungen Anlaß. Das gleiche wird aus dem Regierungsbezirk Marienwerder berichtet. Ähnliche Zustände sind im Bezirk Potsdam, also in unserer aller-nächsten Nähe; da heißt es:

Im Regierungsbezirk Potsdam entsprachen die Arbeiterquartiere oft nicht den Anforderungen der Regierungspolizeiverordnung an die Belegungszahl, die Trennung der Geschlechter, den Bau und die Instandhaltung der Aborte und die Lage der Brunnen.

Im Regierungsbezirk Stettin wurden bei den Massenquartieren der ländlichen Arbeiter geeignete Räume zur Unterbringung von Kranken vermißt; auch fehlte es oft an der nötigen Sauberkeit.

Ganz besonders toll scheint es im Regierungsbezirk Merseburg auszu-sehen. Hier

wurden in acht Kreisen 322 Arbeiterkasernen gezählt mit Beleg-schaften bis zu 100 Personen. Die Besichtigungen ergaben, daß namentlich die landwirtschaftlichen Saisonarbeiter ungünstig unter-gebracht waren; man fand vielfach Mangel an Ordnung und Rein-lichkeit, starke Ueberbelegung, ungenügende Trennung der Ge-schlechter, bedenkliche Trinkwasserversorgung und mangelhafte Be-dürfnisanstalten.

Meine Herren, überall, fast in der ganzen Monarchie, das Gleiche. Da, meine ich, sollten wir es doch für unsere Pflicht halten, auch hier ein-zuschreiten. Wenn wir schon einmal das Wohnungswesen regeln, dürfen wir uns nicht auf die Großstädte beschränken, sondern müssen unsere Aufmerksamkeit vor allem auch auf das platte Land lenken, und ganz besonders untersuchen, wie es denn um die Quartiere der Ar-beiter auf dem Lande bestellt ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemo-kraten.)

Meine Herren, ich hielt diese wenigen Ausführungen für not-wendig, um der immer wiederkehrenden Behauptung, dem bei jeder Gelegenheit fortwährend vorgebrachten Märchen entgegenzutreten, als sehe es nur in den Großstädten schlecht aus, als ob sich die Groß-städte, wie auch einer der Herren Vorredner gesagt hat, zu einer Gefahr für unser Vaterland entwickeln. Meine Herren, ebenso un-richtig aber ist auch, zu behaupten, daß sich die Fürsorge der Groß-städte weit mehr auf die äußere Kultur richte, als darauf, die gesunden und sittlichen Grundlagen des Volkslebens bei den breiten Massen zu erhalten. Soweit meine Freunde in den Stadtparlamenten tätig sind, haben sie es gewiß niemals unterlassen, die Tätigkeit der städtischen Behörden zu kritisieren. Aber, meine Herren, wir halten uns doch für verpflichtet, die großstädtischen Behörden derartigen Angriffen gegenüber in Schutz zu nehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemo-kraten.) Es ist unbegreiflich, wie man sagen kann, daß die Tätigkeit der Großstädte in der Hauptsache auf die äußere Kultur gerichtet sei. Nein, meine Herren, wenn Sie bedenken, was von einigen Groß-städten — leider sind es nicht viele — auf dem Gebiete der Bekämpfung der Säuglingsterblichkeit, der Tuberkulosebekämpfung, auf dem Gebiete der Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs und auf einer ganzen Reihe anderer Gebiete geschieht, dann werden Sie mir zu-geben, daß man einen solchen Vorwurf gegen die großstädtischen Verwaltungen in dieser Allgemeinheit nicht erheben kann. Und wenn weiter darüber geklagt wird, daß die Großstädte nicht genug tun, um die gesunden und sittlichen Grundlagen bei den breiten Massen zu erhalten, dann bitte ich Sie, sich zu überlegen, ob Sie selbst dadurch, daß Sie bestimmte Maßnahmen der Regierung billigen, nicht mit schuld daran sind, wenn die sittlichen und gesunden Grundlagen des Volkslebens untergraben werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemo-kraten.) Wenn Sie z. B. daran denken, welche Schwierigkeiten von der Regierung mit Ihrem Einverständnis der Pflege des Turnwesens in den Weg gelegt werden, wenn Sie bedenken, wie die Regierung mit Ihrem Einverständnis gegen die von unserer Seite ausgehende Jugendbildung in den Großstädten loszieht, dann werden Sie mir doch zugeben, daß, wenn es tatsächlich zuträfe, daß die gesunden und sit-tlichen Grundlagen des Volkslebens bei den breiten Massen nicht er-halten bleiben, Sie in erster Linie dafür verantwortlich wären. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten — Lachen rechts.) Meine Herren, so schlimm, wie Sie es darstellen, ist es also in den Groß-städten nicht. Es könnte erheblich besser sein, wenn unsere Ge-setzgebung anders wäre, wenn vor allem durch die Aende-rung der Wahlgesetze dafür gesorgt würde, — (Ah, ah! rechts und im Zentrum — Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — ich meine, nicht nur das Wahlgesetz zu diesem Hause; daß daran nichts Gutes ist, weiß ja jeder. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Frhr. v. Erffa (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Hirsch, ich bitte Sie, sich an die Sache zu halten; das Wahlgesetz hat mit dem Wohnungsgesetz nichts zu tun.

Hirsch (Berlin), Abgeordneter (Soz.-Dem.) (fortfahrend): Ich wollte gerade nachweisen, daß wir ein Wohnungsgesetz, auf Grund dessen die Städte an der Besserung der Wohnungsverhältnisse mit-wirken können, nicht zu schaffen imstande sind, wenn wir nicht die Wahlgesetze zu den städtischen Körperschaften ändern; die hatte ich im Auge, nicht das Wahlgesetz zum Landtage.

Meine Herren, trotzdem ich die Großstädte gegen die Angriffe der Herren von der Rechten und aus dem Zentrum in Schutz ge-nommen habe, gebe ich doch zu, daß die Wohnungsverhältnisse in

den Großstädten und auch in Groß-Berlin sehr viel zu wünschen übrig lassen, und daß es unsere Pflicht ist, Maßnahmen zur Abhilfe zu er-greifen. Wir haben ja eigentlich eine ständige Wohnungsnot. Diese Wohnungsnot äußert sich nicht nur darin, daß die Wohnungen schlecht sind, daß sie überfüllt sind, daß zu wenig Wohnungen vorhanden sind, sondern sie äußert sich vor allem auch darin, daß die Wohnungen im Verhältnis zu dem Einkommen der großen Masse der Bevölkerung viel zu teuer sind. Sie wissen ja, daß die Wohnungsmiete einen um so größeren Teil des Einkommens absorbiert, je geringer das Ein-kommen ist. Der kleine Mann, der Arbeiter, der kleine Beamte haben in den Großstädten durchschnittlich ein Viertel bis ein Drittel ihres Einkommens allein für Wohnung ausgegeben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Da ist es zu verstehen, wenn sie an der Wohnungsmiete sparen wollen, daß sie sich mit dem engsten Raume begnügen, oder daß sie eine größere Wohnung mieten und einen Teil davon abvermieten. Die Folge davon ist dann wieder das Schlaf-stellenwesen mit all den ungesunden und unsittlichen Zuständen, die es zeitigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist in der früheren Verhandlung bereits auf die Folgen mangel-hafter Wohnungsverhältnisse in sittlicher Hinsicht eingegangen. Wenn Sie diesen Gefahren wirksam entgegenzutreten wollen, dann ist es in erster Linie notwendig, Maßnahmen zur Beseitigung des Schlafgänger-wesens zu ergreifen. Das werden Sie aber nur dann können, wenn Sie die Wohnungsfrage von großen Gesichtspunkten zu lösen sich bemühen, wenn Sie nicht einseitig Ihr Augenmerk auf einige kleine, besonders in die Erscheinung tretende Punkte lenken, sondern wenn Sie wirklich ganze Arbeit machen. (Sehr richtig! bei den Sozial-demokraten.)

In welcher Richtung soll sich nun ein zu erwartendes Wohnungs-gesetz bewegen? Der Herr Regierungskommissar hat in der vorigen Sitzung erklärt, daß Erwägungen darüber schweben, ob es möglich sein werde, den Entwurf durch weitere Maßnahmen nach der Richtung zu ergänzen, daß durch Einwirkung auf eine angemessene Gestaltung der Bodenpreise und auf eine Verbilligung des Bauens mehr als bis-her geschieht. Wenn es der Regierung gelingt, Maßnahmen zu er-greifen, durch die die Bodenpreise niedrig gehalten werden, so sollte das keinen mehr freuen als mich, denn hier haben wir tatsächlich das Grundübel des ganzen Wohnungselends, die teuren Grund- und Boden-preise namentlich in den Großstädten. Wer sich einigermaßen mit diesen Fragen beschäftigt hat, wird mir zugeben, daß das Treiben gewisser Spekulanten in Grund und Boden geradezu ein verbrecherisches Treiben genannt werden muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn man sieht, wie in Großstädten eine Wohnungsnot herrscht, wie nicht genügend Terrain bebaut wird, um auch nur die notwendigsten Bedürfnisse auf dem Gebiete des Wohnungsbaues zu befriedigen, während in derselben Stadt das Terrain festgehalten und zu Spekulationszwecken mißbraucht wird. Der größte Teil der Bevölkerung leidet Not und ein ganz kleiner Teil von Terrainspekulanten führt auf Kosten der großen Masse der Bevölkerung ein behagliches Dasein. Das ist eine Ausbeutung in der aller-schlimmsten Form. Es sollte mich freuen, wenn die Regierung hier endlich die Hand anlegte und dem Treiben der Bodenspekulanten ein Ende machte. Ich fürchte nur, daß ihre Kräfte dazu nicht ausreichen. Will man wirklich ganze Arbeit machen, dann genügt es nicht, die Bodenspekulation zu beseitigen, dann muß die Regierung noch einen Schritt weiter gehen, dann muß sie tun, was wir von jeher verlangt haben, dann muß sie eintreten für die Vergesellschaftung von Grund und Boden; wenn sie das tut, wird die Möglichkeit einer Spekulation in privatem Grund und Boden überhaupt verschwunden sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ein weiteres Erfordernis ist eine Wohnungsaufsicht. Darüber ist bereits genügend geredet worden. Ich beschränke mich darauf, hinzuzufügen, daß eine Wohnungsaufsicht ja bereits in einer Reihe von Städten vorhanden ist, daß aber die Befugnisse der Städte auf diesem Gebiet äußerst gering sind. Eine Wohnungsaufsicht an sich kann aber nicht zur Beseitigung der Mißstände auf dem Gebiete des Wohnungswesens beitragen. Damit ist noch nichts getan, daß die Wohnungen untersucht werden, daß festgestellt wird: es sind schlechte, überfüllte Wohnungen vorhanden; sondern wenn man wirklich etwas erreichen will, dann müssen Hand in Hand mit der Wohnungsaufsicht auch positive Maßnahmen gehen, dann müssen die Gemeinden selbst den Bau von Wohnungen in die Hand nehmen.

Eine Reihe von Gemeinden in Süddeutschland hat das ver-sucht; sie haben gute Erfahrungen damit gemacht. Ich erinnere namentlich an die Tätigkeit der Stadt Freiburg. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In Preußen ist daran nicht zu denken. Wo auch immer in Preußen die Magistrate versucht haben, einiger-maßen vernünftige Vorschläge zur Beseitigung und Milderung des Wohnungselends in ihren Städten zu unterbreiten, hat man immer gesehen, daß die Stadtverordnetenversammlungen in ihrer Mehrheit diesen Vorschlägen den allerschärfsten Widerstand geleistet haben; ein neuer Beweis dafür, daß wir, wenn wir wirklich auf dem Ge-biete des Wohnungswesens etwas Gutes schaffen, wenn wir wirklich den unheilvollen Zuständen ein Ende machen wollen, in allererster Linie das Hausbesitzerprivileg beseitigen müssen. Ich muß immer wieder auf diesen Punkt zurückkommen, weil mir das eine der aller-wichtigsten Vorbedingungen zur Schaffung vernünftiger Wohnungs-zustände ist. (Schluß folgt)